

LEBENS LINIEN II

Jens Geilert

Erinnerungen an mein Berufsleben

Jens Geilert wurde Anfang der 1960er Jahre an der Pädagogischen Hochschule Potsdam zum Fachlehrer für Chemie und Polytechnik ausgebildet. Er begann seine Lehramtstätigkeit im Jahre 1965 am Gymnasium des Dresdner Kreuzchores (EOS) und wechselte bald darauf an die 33. Oberschule Dresden. Dort war er von 1976 bis 1982 als Direktor tätig. Im Jahre 1983 stellten er und seine Familie einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Dort war Jens Geilert bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2004 als Mitarbeiter eines international operierenden Pharmakonzerns tätig.

Im August 1961 begann ich, mit der Immatrikulationsurkunde für ein Pädagogikstudium im Gepäck, eine Odyssee Richtung Potsdam. Der D-Zug brachte mich von Dresden über Elsterwerda, Doberlug-Kirchhain, Uckro und Wünsdorf (Kommandozone der Roten Armee) nach Berlin-Karlshorst. Zum damaligen Zeitpunkt war dies eine eingleisige Strecke, auf der durch Güter- und Reiseverkehr das Chaos vorprogrammiert war. Eine Direktverbindung mit der S-Bahn quer durch Berlin nach Potsdam gab es seit dem 13. August 1961 für DDR-Bürger nicht mehr. Über die im Eiltempo durch NVA-Soldaten optimierten Berliner Außenringgleise erreichte man mit dem „Sputnik“ über Genshagener Heide und Bergholz die DDR-Bezirkshauptstadt Potsdam.

Die Pädagogische Hochschule Potsdam (PHP) lag idyllisch am Rande der Parkanlagen von Sanssouci hinter dem Neuen Palais. Hier befand sich der Campus mit den Prorektoraten, der Mensa, dem HO-Kiosk und einigen Fakultäten, u.a. denen für Allgemeine Pädagogik, Methodik und Didaktik. In den Räumen der ehemaligen Wirtschaftshäuser waren die Fakultät für Marxismus-Leninismus/Politische Ökonomie und die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät untergebracht. Der Lehrstuhl Biologie verteilte sich auf verschiedene Gebäude innerhalb des Parkkomplexes. Im Prorektorat für Studienangelegenheiten erhielten wir Neuankömmlinge eine Einweisung.

Mit den notwendigen Unterlagen ausgestattet begab man sich dann in das zugewiesene Studentenwohnheim in der Gregor-Mendel-Allee. Die Bewohner zweier Zimmer mit je vier Betten teilten sich einen Gemeinschaftsraum. An Ruhe war hier nicht zu denken. Also suchte ich mir im Alleingang eine Studentenbude und fand sie in Babelsberg, in der Franz-Mehring-Straße 45. Die Vermieterin war eine ältere Dame. Es war eine für DDR-Verhältnisse optimale studentische Unterkunft, mit Schrank, Bett, Tisch, Stuhl, Arbeitslampe, Kohle-Kachelofen, Nutzung der Küche und der Toilette mit kleinem Waschbecken (H. Spörls „Feuerzangenbowle“ stand Pate). Verpflegung wurde von der Hochschule angeboten. Die Entscheidung, das Angebot zu nutzen, lag beim Studierenden. Frühstück und Abendbrot in einer Außenstelle der Mensa waren dem Fluidum des Altbaus aus der Gründerzeit in der Schopenhauerstraße angepasst. Kalorienauswüchse gab es hier nicht, serviert wurden in regelmäßiger Eintönigkeit Malfa-Kraftma-Brot, Marmelade, Mettwurst-

Varianten, Käse-Ecken in Alufolie („Fensterkitt“) und die legendäre Kräuterteemarle „Bahndamm, dritter Schnitt“. Begab man sich auf die Suche nach „Nahrungsergänzungsmitteln“, wurde man hier fündig:

1. Im „Haus der russischen Offiziere“ (Dom Offizierow) überzeugte ein vorzügliches Speiseangebot die Studentenseele: Schnitzel mit Kartoffeln und Gemüse, dazu ein Radeberger Bier. Alles zu moderaten Preisen. Tische und Stühle waren mit weißen Tüchern bezogen. Wie zu Lenins Zeiten, der uns von Wandgemälden grüßte.
2. Eine kleine Gaststätte in der Clement-Gottwald-Straße („Broadway“) war bekannt für ihre hervorragende Currywurst. Die tizianrote Haarfarbe der Wirtin war grandios auf die Ketchup-Soße abgestimmt. Ohne Wenn und Aber erhielt sie den Ehrentitel „Miss Currywurst“ (ein eingetragenes Warenzeichen der Studentenschaft).
3. Im „Holländischen Viertel“ war, je nach Dienstgrad der russischen Soldaten, ein preiswerter Erwerb billiger bis hochwertiger Uhren garantiert. Für ein paar Gläser ‚100 Gramm Wodka‘ setzten die Soldaten alles um, was sich für einen Tausch anbot. Dem erbarmungslosen Drill des ‚militärischen Fußvolkes‘ hinter den hermetisch abgeriegelten Kasernen der Roten Armee für die kurze Zeit des Ausgangs entfliehen – einige Stunden im Alkoholausgang waren für sie das Himmelreich.
4. In der Gaststätte „Weinbergterrassen“ gab es den legendären ‚Studenten-Schwof‘. Eine mittelmäßige Band bemühte sich redlich, die Ohrwürmer der 1950er und 1960er Jahre mit Hilfe von DDR-Soundgeräten unter die Leute zu bringen. Auch wir waren vom ‚Beatles-Rausch‘ infiziert. Für unsere Studentenansprüche war es der Wahnsinn bis zum Abpfeiff.
5. Das Apfelblütenfest in Werder / Havel war eine Pflichtveranstaltung. Der Ort war in touristischer Hand. Die vielfältigen Apfelwein-Varianten waren süffig und damit für einen Großteil der anwesenden Studenten „tödlich“. Die Biochemie-Gesetze wurden hier schnöde übergangen. Es war herrlich.

Ernteeinsätze der PHP-Studenten im Herbst in den bäuerlichen Genossenschaften Brandenburgs leisteten einen weiteren Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln. Die von uns gelesenen Kartoffeln waren erstklassig. Der „Rubbelkönig“ (Rubbel = Holzbehälter beim Sammeln) erhielt die Auszeichnung „Brandenburgische Kartoffel am Band“. Wir, die verwegenen Erntehelfer, waren in den Dörfern der Mark Brandenburg berühmt-berüchtigt.

Das Leben in dieser Zeit bewegte sich zwischen Feldarbeit, Kneipenaufenthalt und zugigen, unbeheizten Gemeinschaftsunterkünften mit ausrangierten NVA-Matratzen. Unsere körperliche Grundreinigung erfolgte in den Waschküchen der Landwirte. Die gute, deftige Verpflegung durch die LPG-Küchen hielt uns kräftemäßig im grünen Bereich.

Es grenzt an ein Wunder, dass wir diese Zeit ohne Ungeziefer überstanden. Zumindest wurde die Physis für das Überleben der gähnend langweiligen ML-Vorlesungen und Seminare gestärkt. Man registrierte die weltanschaulichen Thesen, lieferte in den Seminaren die gewünschten Phrasen und hakte es als etwas Überflüssiges ab. Unser zweiter großer Einsatz war das FDJ-Projekt „Rhin-Havel-Luch“. Das Kernstück: Märkische Sumpflandschaften trockenlegen und als Weideland renaturieren. Hörte sich gut an, war aber eine Knochenarbeit, die man nur mit Gummistiefeln, Lackschuhen oder barfuß verrichten konnte. Hitze, Mücken, Schweißgeruch, Durst, körperlicher Ruin. Die Romane „Wie der Stahl gehärtet wurde“ und „Neuland unterm Pflug“ ließen grüßen. Hier dachte man wirklich bewusst über Pawel Kortschagins Worte nach: „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird einem nur ein einzig mal gegeben und nutzen soll er es so, dass ihn nie zwecklos verbrachte Tage bedrücken“.

An der PHP Potsdam waren wir die erste Studiengruppe, die am neu gegründeten Polytechnischen Institut im Fachbereich „Grundlagen der industriellen Produktion“ ausgebildet wurde. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter unter Leitung des Institutsdirektors Dr. Wachner bemühten sich redlich, uns in diesem pädagogischen Neuland intensiv realitätsbezogen (Theorie, Praxis, Unterricht) auszubilden. Schwerpunktbetriebe waren für uns unter anderem die Volkseigenen Betriebe (VEB) Lokbau Hennigsdorf, Lokbau Babelsberg und die Industrierwerke Berlin-Ludwigfelde (IWL). Wir waren am Ende des Studiums solide auf das Unterrichten im Fach ESP/UTP vorbereitet worden.

Die Einweisungskommission für den zukünftigen pädagogischen Einsatzort als Junglehrer hatte Verständnis für meinen Wunsch, am Wohnort meiner Ehefrau und meiner Tochter, meiner Heimatstadt Dresden, zu unterrichten. Allerdings standen mit meiner Fachkombination Chemie/Industrie auch andere attraktive Einsatzorte zur Auswahl, darunter Neubrandenburg, Cottbus, Rostock und Schwedt. Das Angebot dieser Städte: Die Arbeit an einer Neubauschule und eine Neubauwohnung. Nach vier Jahren Studium, mit einem Staatsexamen und einem Diplom in der Tasche, galt es, Abschied zu nehmen von Potsdam, von Sanssouci, von der idyllisch gelegenen Hochschule, von meiner Studentenbude in Babelsberg samt netter Vermieterin. Eine erlebnisreiche Zeit ging zu Ende.

Dresden

Die mir vom Rat der Stadt Dresden zugeordnete pädagogische Wirkungsstätte war die 33. Oberschule in Altseidnitz. Ende August 1965 stieg ich am Striesener Niederwaldplatz in die Buslinie 85 (Typ Ikarus) Richtung Dresden-Reick ein. An der Haltestelle Enderstraße/Bodenbacher Straße beschrieb der Busfahrer mir den Weg nach Altseidnitz. Jetzt bemerkte ich, dass zwei junge Damen ebenfalls den Bus verließen. Ohne zu zögern sprachen sie mich an, ob ich der neue Kollege aus Potsdam sei. Die Schule war auf mein Erscheinen vorbereitet. Wir gingen gemeinsam durch das ländliche Altseidnitz. War hier die Zeit ein wenig stehen geblieben? Der dörfliche Charakter der Gegend war nicht zu übersehen. Allerdings hatten sich viele Gehöfte offenbar schon lange von der Landwirtschaft verabschiedet, eines beherbergte nun die Kiestransportfirma Knobloch KG. Meine Gedanken wanderten zu den gut ausgestatteten Praktikumsschulen im Studium. Was würde mich hier wohl erwarten?

Da stand sie vor mir: Die 33. Oberschule. Ein Komplex aus drei Gebäuden, zwei Altbauten und einem Neubau. Der Vollständigkeit halber darf der vierte Bauteil nicht vergessen werden. Eine alte, nicht mehr genutzte Unterrichtsbaracke mit vier Klassenräumen. Dazu später mehr. Den Hauch der ehemaligen Dorfschule konnten die Altbauten nicht leugnen. Das Vordergebäude wurde in deren Gründungsjahr, 1876, das Hintergebäude 1898 erbaut. Damit kam die Gemeinde Seidnitz den Schülern entgegen, die bis zu diesem Zeitpunkt zur Schule im Nachbarort Leuben laufen mussten. Im Vordergebäude erinnerte eine auf das Jahr 1891 datierte Marmortafel an den ersten eigenen Dorfschullehrer Ernst Louis Leberecht Opitz. Uralte Schulbücher, Geschichtsschautafeln und naturwissenschaftliche Geräte zeugten von jenen Zeiten, in denen noch die Durchsetzung von Zucht und Ordnung dominierten. Die politisch-ideologische Flurbereinigung nach 1945 war unverkennbar an den alten didaktischen Hilfsmitteln im Fundus dieser Schule vorbeigegangen. Den vorderen Altbau mit seinen vier Klassenräumen zierte eine alte Uhr auf dem Dach. Das Uhrwerk, bestehend aus Zahnrädern, Seilen und Gewichten, hinterließ immer wieder Eindruck bei den Uhrmachern. Der hintere Altbau bestand aus der Hausmeisterwohnung unter dem Dach, vier Klassenräumen und der Schulaula. Mit seinen ansteigenden Sitzreihen ähnelte diese den alten Hochschulhörsälen. Während des Zweiten Weltkrieges wurden Teile der Schule als Lazarett genutzt. Mit der zunehmenden Besiedlung des Umfelds von Altseidnitz in der Nachkriegszeit geriet die alte Dorfschule an die Grenzen ihrer Raumkapazität. Bereits 1929 war der Platzmangel durch Umsetzung einer

Baracke in den hinteren Bereich des Schulgeländes etwas gemildert worden, was drei dringend benötigte Klassenräume und einen Turnraum geschaffen hatte. Leider war dies letztlich eine „Schönwetterlösung“, denn im Winter wurden nur zwei Räume durch jeweils einen installierten eisernen Ofen beheizt – sofern Brennmaterial vorhanden war.

Ab 1946 war die 33. Volksschule als Bildungsstätte für viele Schüler umliegender zerstörter Schulen total überbelegt. 1952 besuchte der damalige Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht Dresden. Im Protokoll stand auch die Besichtigung des VEB Sachsenwerks Niedersiedlitz. Der Weg der Fahrzeugkolonne führte über die Marienberger Straße an der 33. Volksschule vorbei. Lehrer und Schüler blockierten mit Transparenten „Wir benötigen dringend ein neues Schulgebäude“ die Fahrtstrecke und brachten den Konvoi zum Stillstand. Walter Ulbricht verließ sein Fahrzeug und man schilderte ihm den Raumnotstand an der Schule. Er versprach eine Lösung. Jahrzehnte später, in der Ära Honecker, hätte die Staatssicherheit einen Stopp der Regierungswagen verhindert. Damals vergingen trotzdem noch Jahre bis zum Bau des Neubaus. In den Jahren 1958/59 wurde das Gebäude fertiggestellt, die Nutzung begann mit dem Schuljahr 1959/60. Es war der erste Schulneubau in Dresden nach 1945. Es war unter den damaligen Verhältnissen ein Fortschritt. Die eingebaute Heizanlage versorgte nun auch die Altbauten mit Wärme und Warmwasser. Eine Verbesserung brachte auch der zentrale Speiseraum.

In den folgenden Jahren offenbarten sich Unzulänglichkeiten für die naturwissenschaftlichen Fächer. Für Chemie und Physik gab es keine Vorbereitungsräume. Unterrichtsmaterialien wurden in Schränken auf dem Gang gelagert. Der Patenbetrieb Gaswerk Reick sorgte für Gas- und Wasseranschlüsse an den Schülertischen. Die notwendigen Glasgeräte und Chemikalien für Schülerversuche und Präsentationen befanden sich in Schränken im Unterrichtsraum. Alles war sehr beengt, auch der Neubau offenbarte eklatante Planungsmängel.

Der Neubau und die beiden Altbauten ermöglichten die längst überfälligen Entflechtungen der überbelegten Unterrichtsräume. Unterrichtet wurde von Montag bis Freitag und bis in die späten Nachmittagsstunden. Auch ich hatte Chemie-Doppelstunden in den Klassen 9 und 10 bis 18.00 Uhr. Mit der systematischen, folgerichtigen Einführung der Ganztagsbetreuung bis zur 4. Klasse ab Ende der 1950er Jahre etablierte sich im vorderen Altbau ein Schulhort. Vormittags wurden die vier Räume von der Unterstufe Klasse 1 bis 4 genutzt. Ab Mittag wurden die Kinder betreut, deren Eltern aus beruflichen Gründen (Schichtarbeit) auf die Betreuung angewiesen waren. Die Aufsicht im Speiseraum, die Mittagsruhe (jedes Kind hatte eine Liege mit eigenem Kopfkissen), die Hausaufgabenbetreuung und die Freizeitgestaltung wurden durch ausgebildete Horterzieherinnen gesichert. Aufgrund ihrer Fachschulausbildung waren diese pädagogischen Fachkräfte jederzeit auch im Unterricht bei Ausfall einer Lehrkraft einsetzbar.

Der Hort war von 6.00 Uhr (Frühbetreuung bis zum Unterrichtsbeginn um 7.45 Uhr) bis 17.00 Uhr einsatzbereit. Unterricht und Hort der Unterstufe im gleichen Gebäude – das war für die Gestaltung des Lern- und Erziehungsprozesses optimal. Die altersgerechte ganztägige Betreuung der Unterstufe wurde für die berufstätigen Eltern zur spürbaren Entlastung – eine logische Fortsetzung der ganztägigen Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Kindergärten. Grundsatz der Bildungseinrichtungen: Förderung der positiven Wirkungen eines umfassenden frühkindlichen Lernens durch Sprach- und Leseleistungen. Die Straffung des Orientierungsplanes mit dem Ziel der grundlegenden Förderung von Körper, Geist und Sprache war Voraussetzung für die enge Verknüpfung von Kindergarten und Schule. Kindergärtnerinnen und Unterstufenlehrer leisteten eine beispielgebende Bildungs- und Erziehungsarbeit beim Übergang vom Kindergarten zur Unterstufe. Ihre gegenseitigen Hospitationen ermöglichten eine aussagekräftige Analyse des Leistungsbildes der Schulanfänger und des sozialen Status der Elternhäuser.

Mit der umfassenden Gestaltung der Kinderkrippen, der Tageskindergärten und der Ganztagschule wurden Aufgaben vom Staat übernommen, die bisher das Elternhaus innehatte. Berufstätige Mütter und Väter waren keine Seltenheit. Oft arbeiteten Sie im Schichtsystem. Die Forderung der Eltern, in besonderem Maße der alleinerziehenden Mütter, den Schulalltag zuverlässig mit Unterricht, Pausen, Essen, Mittagsruhe, Hausaufgabenbetreuung und Freizeit zu gestalten, war voll gerechtfertigt. Die umfassende Gestaltung der Startphasen dieses Bildungs- und Erziehungsumbruchs mündete in einen organisatorischen und finanziellen Kraftakt. Die vorschulischen und schulischen Betreuungsangebote waren kostenlos. Lediglich für das Essen musste ein geringer Geldbetrag entrichtet werden. Die Arbeitswelt war verpflichtet, den Bedürfnissen der Familien mit flexiblen Arbeitszeitregelungen entgegenzukommen. Die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und vorschulischer Pädagogik entsprach inhaltlich der altersgerechten, natürlichen Neugier und dem entdeckenden Lernen der Vorschulkinder. Der Kindergarten war der Ort zum Wohlfühlen mit Erlernen guter Umgangsformen auf der Basis verständlicher Regeln und Abläufe, damit das Leben in der Gemeinschaft funktionierte.

Kinder wollten bei der Organisation von Freiräumen mitbestimmen, um altersbezogene mathematische, naturwissenschaftliche und technische Zusammenhänge als grundlegenden Bildungsinhalt spielerisch selbstständig auszuprobieren und zu erkunden. Parallel zu diesen Aktivitäten waren die kindlichen Erfahrungen im Prozess der Sprachförderung mit solider Beherrschung der deutschen Sprache zu festigen. Hier lag auch der Kernpunkt der Migration und der Inklusion. Das musste den Eltern betroffener Kinder verdeutlicht werden. An dieser Realität sollte sich keiner im Bildungswesen vorbeimogeln. Man war sich über die Bedeutung der effektiven Vernetzung von Kindergarten und zukünftiger Unterstufe mit dem Ziel des reibungslosen Übergangs in die erste Klasse bewusst. Kindergärten waren Bildungs- und Erziehungsstätten. Als Bildungsgrundsatz galt: Welche Grundlagen müssen die Kinder beherrschen, um in den kommenden Jahren ihre Leistung zu bringen? Beherrschen die Kinder Sprache, Motorik und Selbständigkeit und erfüllen somit die altersentsprechenden Basisforderungen? Das Ziel war der pädagogisch bruchfreie Personenwechsel von der Kindergärtnerin zur Unterstufenlehrerin. Vor allem die Betreuung leistungsschwacher Kinder im Rahmen der vorbeugenden Unterstufenförderung im letzten Kindergartenjahr hatte spürbar positive Auswirkungen auf die Lerngewohnheiten der Schulanfänger. In diesem schulpolitischen Punkt war die DDR der BRD über Jahrzehnte hinweg weit voraus. Die effektive Vernetzung von Bildung, Erziehung sowie Betreuung erforderte verlässliche Standards und Rahmenbedingungen für die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler. Das Grundprinzip, Bildung für alle, unabhängig von geistigen und finanziellen Möglichkeiten, stand über allen staatlichen Maßnahmen.

Uns war bewusst, dass die Ganztagsbetreuung mit der Qualität steht und fällt. Effektive Ganztagesbetreuung war nur mit pädagogisch qualifiziertem Personal machbar. Interessierte, ehrenamtliche Kräfte bereicherten das Freizeitangebot. Die gewissenhafte Organisation der Ganztageschule als Lern- und Lebensbereich war Voraussetzung für die Akzeptanz dieses Schulsystems durch Schüler und Eltern. Trotzdem galt es, den Elternhäusern erziehungsschwieriger Schüler zu erklären, dass hausgemachte, familiäre Probleme und Erziehungsdefizite mit dem Einwand „Wir sind mit unserem Erziehungslatein am Ende, nun macht mal“ nicht auf den Schulalltag abgewälzt werden konnten.

Die Entscheidung des Ministeriums für Volksbildung, die ganztägige Bildung und Erziehung durch Einführung der neuen Planstelle eines stellvertretenden Direktors für die außerunterrichtliche Arbeit zu optimieren, war folgerichtig. Das Netzwerk aus Bildung, Erziehung und Betreuung in ganztägiger Nutzung war die Basis für ein umfassendes Bildungssystem und soziale Gerechtigkeit bei gleichzeitiger Integration von Familie und Beruf. Alle Kinder, ungeachtet des sozialen Milieus, sollten ihre Chance erhalten, sich in einer Gemeinschaft der Forderung und Förderung zu entfalten.

Die schulische Ganztagesbetreuung war kein Zwang, sondern von Schülern und Eltern gleichermaßen gewünschte Steuerung des Schulalltags über den Unterricht hinaus. Viele Schüler, besonders aus Elternhäusern mit familiärer oder sozialer Schieflage, fühlten sich beachtet und nicht mehr allein gelassen. Endlich kümmerte sich jemand um sie. Mit der Ganztagesbetreuung setzte das Bildungswesen ein klares Zeichen der Wertschätzung der berufstätigen Bevölkerung, denn Berufstätigkeit bedeutete soziale Kontakte und die Achtung der eigenen Würde im Gesellschaftssystem.

Mein pädagogisches Intermezzo

Nach einem Jahr Lehrtätigkeit an der 33. Oberschule Dresden kam vom Rat der Stadt Dresden, Abteilung Volksbildung, die Anfrage, ob meinerseits Interesse an einem pädagogischen Einsatz an der Kreuzschule Dresden bestünde. Dieses Angebot galt es genau zu analysieren. Die Kreuzschule Dresden stand unter einem besonderen Status. An dieser Dresdener Bildungseinrichtung wurde die Schnittstelle zwischen Politik und Kirche täglich verdeutlicht. Der Bildungsweg erstreckte sich von Klasse 4 bis Klasse 12 – eine erweiterte (gymnasiale) Oberschule. Der kirchliche Chorbereich stand unter der Leitung von Kreuzkantor Prof. Dr. Rudolph Mauersberger. In Ausübung seines Amtes als Kreuzkantor forderte dieser konsequent die Einhaltung des Sonderstatus der Kruzianer in allen Belangen des Schulalltags in einer staatlichen Bildungseinrichtung der DDR. Im Forderungskatalog stand an erster Stelle der zügige, kontinuierliche Ausbau des Internats (Aufenthaltsräume, Schlafsäle, Probenräume, Hobbyräume, Kleiderkammern, sanitäre Einrichtungen, Sporträume). Meine Tätigkeit an der Kreuzschule bezog sich auf den 24-stündigen Einsatz als pädagogische Internatskraft und die Lehrtätigkeit im Fach Chemie. Die Kruzianer besuchten bis zur Klassenstufe 8 eigenständige Klassen. Ab Klasse 9 waren sie mit anderen, sehr leistungsstarken Schülern zusammen. Bei der Bewältigung des Lehrplanstoffes galt es chorspezifische, im Schulalltag problematische Forderungen der Chorleitung zu lösen. Mauersberger bestand gegenüber der Schulleitung darauf, dass kein Kruzianer in irgendeiner Klassenstufe trotz eventueller Versetzungsgefährdung sitzen blieb. Der Grund dafür: Eine nicht unerhebliche Zahl an Kruzianern mit begnadeter Stimmqualität hatte enorme Probleme in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Außerdem hatten Konzertpläne Vorrang vor Schulplänen. In den Hochzeiten kirchlicher Feiertage (Ostern, Weihnachten) waren die Wochen mit Konzerten, Tournéen und außerplanmäßigen Einspielungen von Musikwerken zeitgenössischer und klassischer Komponisten im zeitlichen Einklang mit den Solistenverpflichtungen restlos ausgelastet. Als pädagogische Aufsicht hat man alle Schattierungen der Gemütsregungen des Kreuzkantors miterlebt.

Die täglichen Proben, Stimmübungen und Instrumentalausbildungen gehörten zu den in Stein gemeißelten Ritualen der Kruzianer. Gerade die jungen Kruzianer waren stimmlich und konditionell nach den Konzertverpflichtungen restlos „ausgebrannt“. Als Internatsdienst und Fachlehrer galt es, pädagogisches Fingerspitzengefühl zu beweisen. Man lernte schnell den gewissenhaften Umgang mit jungen Menschen, die weit weg waren vom Elternhaus. Besonders bei den neunjährigen Jungen (Klasse 4) gab es das ganz große „Kino“ im Aufsichtsprogramm. Morgen- und Abendtoilette inklusive Bereitstellung sauberer Kleidung waren unerlässlich. Ausreichend Zeit beim Frühstück, Mittagessen und Abendbrot für alle Chorschüler gehörte in die Tagesplanung.

Die Einhaltung der Nachtruhe im damals noch sehr großen Schlafsaal für die Kruzianer im Alter von neun bis zwölf Jahren war belastend. Wenn der Letzte in „Morpheus Armen“ lag, haben auch wir Erwachsenen als Doppelaufsicht „drei Kreuze“ gemacht. Das war Ganztagesbetrieb vom Feinsten. Mit ansteigender Klassenstufe war die zunehmende Selbständigkeit der Kruzianer unübersehbar. Das Internatsleben, oft weit weg von „Mutter“, hinterließ bemerkenswerte Spuren bei der Persönlichkeitsentwicklung der Alumni. Als Klassenleiter einer 7. Klasse von Kruzianern waren die Tagesphasen in all ihrer Vielfältigkeit verhältnismäßig locker zu steuern. Flexibilität

wurde täglich großgeschrieben. Beispiel: Der Wunsch der Kruzianer, an den Faschingsveranstaltungen des Pionierpalastes Dresden auf der Bautzner Straße teilzunehmen, wurde von staatlicher und kirchlicher Seite respektiert. Es fuhren zwei Busse mit den Kruzianern der Klassen 4 bis 7 in jeweils individueller Faschingsverkleidung zur Veranstaltung.

Ab Klasse 11 entwickelten die nunmehr 17- bis 18jährigen Schüler ein immer bemerkenswerteres Eigenleben. Sie hatten ihre Privilegien, die aus der Hierarchie innerhalb des Chores resultierten. Für die „Altgedienten“ gab es kleinere Schlafräume (Zimmer für vier bis sechs Personen) und einen kleinen artspezifischen Klubraum, der oft zum Tabakkollegium mutierte. An konzertfreien Wochenenden fanden die Abiturienten viele Wege, außerhalb des Internats, oft auch zeitlich ausufernd, dem Alkohol eine schülerspezifische Referenz zu erweisen. Über die Möglichkeiten, unemerkt das Gebäude zu verlassen, schweigt des Sängers Höflichkeit.

Unvergessen bleiben die Erlebnisse auf den Kreuzchorreisen. Im Rahmen der Vorbereitung der Sommer- und Weihnachtskonzerte erhielt ich mehrfach die Aufgabe des „Quartiermeisters“, d.h. der Aufteilung der Choristen auf die bereitstehenden kirchlichen Privatquartiere an den Auftrittsorten. Die Unterbringung der Teilnehmer an den Konzertfahrten erfolgte grundsätzlich über die Kirche. Die Aufteilung des Chores unter Berücksichtigung der Wünsche des Einzelnen auf die drei Busse erforderte Flexibilität. Die Busfahrer gehörten zur Stammbesetzung. Die Positionierung des Chores in den einzelnen Gotteshäusern verlief nicht immer problemlos. Während es in den gewaltigen Kirchen der Großstädte ausreichend Platz für Chor und Musiker gab, war die Kapazität der Emporen im Orgelbereich der kleinen erzgebirgischen Dorfkirchen extrem begrenzt.

Die kontroversen Diskussionen zwischen Mauersberger und den Kirchenverantwortlichen vor Ort waren somit vorprogrammiert. Aber irgendwie wurde bis zum Konzertauftritt alles einvernehmlich reguliert. Wenn die ersten Chor- und Instrumentalklänge in den stets überfüllten Gebäuden einsetzten, waren die vorausgegangenen Anstrengungen vergessen.

Ein trauriges Kapitel ist die Problematik der Auslandskonzerte des Chores zu DDR-Zeiten. Zunächst wurde die Zahl der von westlichen Konzertagenturen gewünschten Choraufführungen von staatlichen Stellen auf ein Minimum zusammengestrichen. Im Rahmen der Vorbereitungen für diese „Ausnahmekonzerte“ offenbarte sich die ganze Tragweite des permanenten Misstrauens staatlicher Stellen (SED, Staatssicherheit) gegenüber den Bürgern. Knallhart waren die Gespräche zwischen Mauersberger und Schuldirektor Richter. Richter in seiner Funktion als Sprachrohr der SED bestand auf das „Aussieben“ von nicht vertrauenswürdigen Chormitgliedern (also jenen mit Verwandtschaft in Westdeutschland). Da es sich dabei zum Großteil um Solisten und „tragende Rollen“ in den einzelnen Stimmlagen handelte, wich Mauersberger keinen Millimeter von seinem Standpunkt „Alle nehmen teil oder Konzertabsage“ ab.

In speziellen Elternabenden wurden die Erziehungsberechtigten der Kruzianer durch die dafür einschlägigen Staatsorgane unmissverständlich über die privaten und beruflichen Konsequenzen informiert, falls sich ihre Zöglinge auf westdeutschem Hoheitsgebiet illegal vom Chor absetzen und bei der Heimreise nicht anwesend sein würden. Und es passierte immer wieder. Im Schnitt blieben vier bis fünf Kruzianer pro Jahr im Westen. Direktor Richter musste entsprechend umfangreiche Erklärungen liefern, was seinen „minutiös getakteten Tagesablauf“ (Originalton) erheblich belastete. Meist endeten diese Reisenachbereitungen im Klassenverband oder auf Kollegiumsebene mit dem Satz: „Eine politisch-ideologische Rasur erfordert immer eine scharfe Nachwäsche.“

In den zwei Jahren Tätigkeit an der Kreuzschule Dresden lernte ich als Junglehrer die Vielschichtigkeit des Chorgefüges und den Seiltanz auf dem extrem schmalen Grat zwischen kirchlichen Grundfesten und politisch-ideologischer Doktrin in allen Facetten der Kraftgefüge kennen. Diese

Zeit war eine echte Bereicherung in meiner pädagogischen Laufbahn. Trotzdem betrachtete ich es als glückliche Fügung, dass die Stelle des Chemielehrers an der 33. Oberschule Dresden zum Zeitpunkt des Schulwechsels vakant wurde. Hier wollte ich wieder hin und hier wollte ich bleiben, trotz der räumlichen Schwachstellen für meinen Fachbereich Chemie.

Das Kollegium an der 33. Oberschule Dresden

Eine der tragenden Säulen für die Solidität der pädagogischen Arbeit war die wohltuende Mischung aus „altgedienten“ Kollegen mit ihrem didaktischen und methodischen Erfahrungsschatz und den „jungen Spunden“ mit ihrem Bestreben, die Hochschulweisheiten mit all ihren Schattierungen im Unterricht zu nutzen. Es war ein wunderbarer Zusammenhalt zwischen Jung und Alt. Die gegenseitigen Hospitationen waren eine pädagogische Lehrwerkstatt für uns alle.

In jeder Unterrichtsstunde wurde man als Lehrerpersönlichkeit vom Schüler „durchleuchtet“. Bereits in der ersten Stunde bei der Übernahme einer neuen Klasse, egal ob als Klassen- oder Fachlehrer, erfolgte die Profilierung, die sich in den Köpfen der Schüler festsetzte. Hier kristallisierte sich langsam aber sicher heraus, ob der Sympathiefunke übersprang. Schulleiterin Käte Rößner konnte sich glücklich schätzen, über eine derart gute fachlich fundierte und menschlich ausgewogene Zusammensetzung des Kollegiums zu verfügen. Über allen pädagogischen Entscheidungen stand der Grundsatz: Solidität im Unterricht sichern. Jeder „Sitzenbleiber“ war einer zu viel.

Auch die 33. Oberschule war, wie jede andere Schule, in das politisch-ideologische Umfeld der DDR eingebunden. Die unausgesprochene Devise im Schulalltag konnte man auf einen ganz einfachen Nenner bringen: Unser politischer Beitrag ist die Gestaltung eines erfolgreichen Unterrichts. Das politische Beiwerk, das sich durch jeden Lehrplan bzw. durch das gesamte Schulleben zog, wurde auf das unbedingt Notwendige reduziert. Zielvorgabe: Der Ball wurde flach gehalten. Diese Leitkultur an unserer Schule begriffen Lehrer und Schüler. Selbst die Genossen konnten sich damit arrangieren, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Auch die Elternschaft war bereit, die politisch moderate Form an unserer Bildungseinrichtung mitzutragen. Es gab keine Probleme, aktive Elternvertreter für den Elternbeirat zu finden. Schule und Elternvertretung arbeiteten auf der Basis einer realistischen Koexistenz.

Mit den regelmäßigen Sprechstunden des Direktors und der Klassenleiter, bei Bedarf auch der Fachlehrer, kamen wir dem Wunsch der Eltern, konstruktive pädagogische Gespräche und Ratschläge anzubieten, entgegen. Besonders im Bereich der materiellen Belange engagierten sich Mütter und Väter in hervorragender Weise bei der Werterhaltung und Ausgestaltung der Schule. Durch Beziehungen der Eltern über ihre eigene berufliche Tätigkeit war es möglich, trotz Materialengpässen handwerkliche Leistungen für unsere Schule zu erschließen, die auf „normalem“ DDR-Weg nie zustande gekommen wären: Erneuerung der sanitären Anlagen, umfangreiche Neugestaltung des Speiseraums, komplette Renovierung der Schulaula sowie Fensteraustausch in den Altbauten und neue Lichtanlagen in allen Klassen- und Horträumen. Politisch-ideologische Dummschwätzer waren bei diesen phantastischen Leistungen im Rahmen der permanenten Mangelwirtschaft absolut fehl am Platz. Es galt das Prinzip: Weniger reden, mehr handeln.

Schuleinführung, Schulentlassung und in Klasse 8 die Jugendweihe (Aufnahme der Jugendlichen in den Kreis der Erwachsenen) waren gesellschaftliche Höhepunkte, die auch von den Eltern in gebührender Weise akzeptiert und mitgestaltet wurden. Nach den Festveranstaltungen feierten die Familien ausgelassen in privater Runde. Ab Klasse 9 sprachen wir Lehrer die Schüler als Ausdruck des Respektes mit „Sie“ an.

Die Patenbrigaden

Die 33. Oberschule hatte zwei Patenbetriebe: Einer davon war das Gaswerk Dresden-Reick. Seit 1891 wurde in diesem Betrieb Stadtgas für Dresden produziert. Markant waren die drei Gasbehälter, wobei der Größte vom Dresdner Stararchitekten Hans Erlwein entworfen wurde (aktuell wird ein Behälter als Asisi-Panometer genutzt). Seit 1962 bestand ein Patenschaftsvertrag zwischen Schule und Betrieb. Der Betrieb unterstützte unsere Schule mit seinen Betriebshandwerkern bei anfallenden Reparaturen.

Im Neubau installierte das Gaswerk einen für damalige Verhältnisse gut funktionierenden Chemieraum mit Experimentiertischen und Gasanschlüssen für Lehrer- und Schülerversuche. Das war eine beachtenswerte Leistung. Die Schüler der 8. Klasse erlebten im Chemieunterricht im Rahmen des Themas Gaserzeugung den gesamten Prozess live im Gaswerk. Sämtliche Anlagen der Entgasung der Steinkohle, der Gasreinigung und der Speicherung des Gases waren für die Schüler zugänglich. Das war ein Privileg für unsere Schule. Bei Festveranstaltungen des Gaswerkes übernahmen unsere Schüler die kulturelle Umrahmung. Das Essen für die Schulspeisung wurde täglich von der Werksküche gekocht und geliefert. Eine besondere Tradition der Patenschaft war die Festrede des Werkdirektors anlässlich der Jugendweihe. 1973 wurde mit dem Ausbau der Ferngasversorgung die Gasproduktion in Dresden-Reick endgültig eingestellt. Trotzdem blieb der Kontakt zum VEB Energiekombinat bestehen.

Der zweite Patenbetrieb war das Institut für Festkörperphysik und Werkstoffforschung der Akademie der Wissenschaft in Dresden, Winterbergstraße. Es war eine Sternstunde, dass diese akademische Einrichtung unsere Schule als Paten ausgewählt hatte. Im Patenschaftsvertrag von 1968 wurden folgende Vereinbarungen fixiert: Ausgewählte Schüler durften im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft an der Großrechenanlage und den Computern des Instituts Tätigkeiten ausführen und üben. Das war einmalig in Dresden. Unsere Schüler erhielten Einblicke in die Produktion von Reinstmetallen und in die Zusammenstellung von Versuchen, die im Rahmen der sowjetischen Sojus-Programme vorbereitet wurden. Für meinen Chemieunterricht konnte ich seltene Chemikalien und Glasgeräte für Demonstrationszwecke kostenlos erwerben.

Der Beitrag unserer Schule im Rahmen des Patenschaftsvertrages war die pädagogische Leitung der Sommer- und Winterferienlager für die Kinder des Institutes, wobei auch die Teilnahme einer begrenzten Zahl unserer Schüler gesichert war. Ich selbst war mehrere Jahre Leiter dieses Sommerlagers. Das Institut stellte Gruppenleiter, medizinische Versorgung und Rettungsschwimmer. Lagerort war das Institutsferienheim Lübs-Annenhof bei Ückermünde im heutigen Mecklenburg-Vorpommern. Die finanzielle Absicherung der Ferienlager war hervorragend gelöst. Die Ausstattung der Räumlichkeiten, das freundliche und umsichtige Hauspersonal, die Topverpflegung sowie die umfangreiche Bereitstellung von Sport- und Spielgeräten ermöglichten die Organisation unvergesslicher Ferientage.

Die Sicherung der ganztägigen Betreuung unserer Schüler in den Schulferien

Ein Schwerpunkt in der Gesamtplanung des Schuljahres war die Gewährleistung der Betreuung von Schülern an allen Schulferientagen. Die Eltern der Klassen 1 bis 6 hatten die Möglichkeit, ihre Kinder für die Ferienspiele anzumelden. Zur Sicherung der Betreuung, unter Berücksichtigung der persönlichen Planung der Lehrer und Erzieher, erfolgte für jeden Einzelnen des Kollegiums die Festlegung des Umfangs der Tageseinsätze. Die Bewältigung der personellen und inhaltlichen Voraussetzungen für abwechslungsreiche Ferientage der angemeldeten Schüler lag im Verantwortungsbereich des stellvertretenden Direktors für außerunterrichtliche Arbeit.

Zu den Schwerpunkten der Ferienbetreuung gehörten die Sicherung des täglichen Mittagessens, die Organisation von Winter- und Sommerlager (unter Einbeziehung der finanziellen und materiellen Möglichkeiten der Patenbetriebe) und der Schulzeltlager, die Nutzung übergeordneter Ferienangebote der Städte und Kreise und die konstruktive Einbeziehung von geeigneten Eltern als Begleitpersonen.

Unser Unterricht an der 33. Oberschule Dresden verlief folgendermaßen: Unterrichtet wurde von Montag bis Samstag. Als oberstes Prinzip galt: Jedes normal entwickelte, d.h. voll schulfähige Kind, hatte das Recht und die Pflicht auf eine umfassende, altersgerechte Allgemeinbildung. Jeder Schüler hatte die gleichen Bildungschancen, verbunden mit dem täglichen Hinterfragen unserer Bildungs- und Erziehungsarbeit unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Nützlichkeit.

Entspricht unsere pädagogische Arbeit im und außerhalb des Unterrichtes den wirtschaftlichen Anforderungen?

Mit dem durchgehenden pädagogischen Wirken von der 1. bis zur 10. Klasse an unserer Bildungseinrichtung, ohne frühzeitige Selektierung von Schülern für andere Bildungswege, war es möglich, kontinuierlich den Entwicklungsweg hinsichtlich der Talentsichtung und der notwendigen gezielten Förderung leistungsstarker und leistungsschwacher Schüler zu verfolgen und zu planen.

Das vom Ministerium für Volksbildung bis in die 1970er Jahre mehrfach überarbeitete Lehrplanwerk war ehrgeizig und absolut praxisorientiert. Jeder Kollege erhielt die Aufgabe, auf der Basis der Lehrplankriterien und Bildungsziele eine dem Alter der Schüler entsprechende humanistische Wertevermittlung, eingebettet in die Alltagsrealität, zu leisten. Anhand dieser Forderung war es die Pflicht der Lehrer, zu erkennen, ob ihr pädagogisches Handeln (Analytik der Arbeit und der Ergebnisse) praxistauglich war. Jede neu geborene Idee war Chance und Motivation für die Kollegen, den eigenen Kompass auf Erfolg zu stellen.

Die Effektivität der Führungsrolle des Lehrers im Prozess der erfolgreichen Wissensvermittlung spiegelte sich in der Wahrung von Disziplin und Ordnung wider. Ohne pädagogisches Engagement im Schulalltag ging nichts. Die neuen Organisationsstrukturen der fachübergreifenden, fächerverbindenden Bildungsansätze erforderten Freiräume und Motivation. Die Lehrpläne waren auf hohe Lernansprüche und leistungsbetonten, fachlich anspruchsvollen Unterricht ausgerichtet. Die zwingende Logik hieraus war die Frage: Arbeiten wir an unserer Schule in einem pädagogischen Klima, das praxisverbundenes Lehren und Lernen zulässt?

Der durchgängige Bildungs- und Erziehungsprozess von der ersten Klasse an ermöglichte uns eine frühzeitige, praxisbetonte Vorbereitung der Schüler auf das Berufsleben. Wir waren uns in der Schulgemeinschaft zusammen mit den Eltern in der Verpflichtung einig, den uns anvertrauten jungen Menschen ein Gefühl der Würde, der Vernunft und der humanistischen Aufklärung zu vermitteln, denn mit den Jahren wurden die Zweifel an einem Sozialismus in den Farben der DDR immer deutlicher und offener angesprochen. Die Widersprüche zwischen den persönlichen Idealen einer flexiblen Erziehung und den ureigenen Ansprüchen an humanistische Tugenden einerseits

und den Anfang der 1980er Jahre rasant zunehmenden politisch-ideologischen Zwängen andererseits, prägten zunehmend in erschreckender Form den Schulalltag. Die für die Bildung zuständigen, übergeordneten Staatsorgane verfielen zunehmend in ideologischer Manipulation, krankhafter Engstirnigkeit und einem Raster der Verblendung. Es war staatlicher Missbrauch der Bildung und Erziehung. Hier lag die Begründung, dass solide pädagogische Ideen scheiterten und zu Grabe getragen wurden. Daran zerbrach auch manche pädagogische Persönlichkeit. Die Gräben zwischen privater und öffentlicher Welt wurden immer tiefer.

Mehr denn je rückte die führende und steuernde Rolle des Lehrers in den Mittelpunkt des Unterrichts. Die Umsetzung der im Lehrplan geforderten Bildungs- und Erziehungsziele waren auf ein effektives Lern- und Leistungssystem zugeschnitten, Disziplin eine fundamentale Voraussetzung. Sowohl Lehrer als auch Schüler waren gefordert, ihre eigenverantwortlichen und eigenständigen Haltungen im Gefüge der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Respektierens in das Schulleben einzubringen. Fachlich und methodisch gründlich aufgearbeitete Lehrpläne förderten den leistungsbetonten Unterricht. Die Einheit von Theorie und Praxis war die Grundvoraussetzung, um den Forderungen der Wirtschaft gerecht zu werden. Das war letztlich die gelebte Synthese aus Lernanspruch sowie Lebens- und Praxisverbundenheit. Täglich wurde mir als Pädagoge bewusst, dass es keine wertfreie Wissensvermittlung gab. Kein Schulsystem war ideologiefrei. Eins wurde uns im Lehrerkollektiv immer deutlicher: Die wechselseitige Verantwortung. Als Direktor und Fachlehrer kristallisierte sich für mich ein pädagogischer Grundsatz heraus: Was von übergeordneten Stellen (überwiegend bei den Direktorenkonferenzen) an realitätsfremden politisch-ideologischen Forderungen für den Bildungs- und Erziehungsprozess an unserer Schule vorgegeben wurde, erforderte unter meiner Verantwortung eine mehrfache zweckgebundene „Filterung des Zumutbaren“. In den pädagogischen Räten wurde zu aktuellen Situationen und Problemen daher sehr oft kontrovers (Meinung der Parteigenossen), in der Sache aber verständlich und objektiv, diskutiert.

Meine Vorgabe aus den Beschlüssen: Kernstück unseres täglichen pädagogischen Wirkens war die Bildung und Erziehung im Sinne einer allseitigen Entwicklung unserer Schüler. Der anspruchsvolle Unterricht beinhaltete die Entscheidungssouveränität des Lehrers. Er vermittelte verantwortungsbewusst die gesellschaftlichen Normen auf der Basis seines humanistisch orientierten, erzieherischen Ethos. Die Schere zwischen den zunehmenden realitätsfernen Vorgaben des Ministeriums für Volksbildung und der individuellen Verantwortung des Einzelnen im Bildungssystem öffnete sich immer weiter. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die Engpässe in der Wirtschaft und die Lücken in der täglichen Versorgung nahmen gefährliche Ausmaße an. Das ging auch nicht spurlos an unserer Schule vorüber. Wie sollte der Lehrer reagieren? Wie arbeitete ich der Gefahr des Abgleitens junger Menschen in den Strudel eines privaten und öffentlich moralischen Zwiespaltes plausibel entgegen?

Meine Anweisung als Schulleiter: Jeder Kollege bestimmte zweckorientiert im Prozess der wechselseitigen Verantwortung innerhalb der Schulgemeinschaft den Anspruch seiner Führungsrolle. Mit fachlicher, methodischer und didaktischer Kompetenz gestaltete er seinen Unterricht. Phrasen, Oberflächlichkeiten und bewusst provozierte Konfrontationen endeten unweigerlich im pädagogischen Abseits, denn Schüler erkannten sehr schnell, ob Aussagen des Lehrers richtig oder falsch waren.

Das Recht der sorgfältigen Interpretation des Lehrplanpensums und die damit verbundene individuelle Verarbeitung der vorgegebenen gesellschaftlichen Ansprüche war Dreh- und Angelpunkt für die Kollegen. Es ging um das permanente Hinterfragen: Welche grundlegenden Fähigkeiten

und Fertigkeiten müssen die Schüler beherrschen, um den Prüfungsanforderungen gerecht zu werden. Nicht mehr aber auch nicht weniger – mit dem notwendigen Basiswissen zur inneren Sicherheit für jeden Schüler. Die Stärkung des Selbstvertrauens, verbunden mit öffentlicher Anerkennung auch kleiner Fortschritte, waren von tragender Bedeutung für die Förderung des Interesses am Fachunterricht. Hier lag der Wert einer angstfreien Lernkultur. Ein guter Pädagoge erkannte sehr schnell, ob eine Klasse gern am Unterricht teilnimmt. So akzeptierten die Schüler ihren Lehrer als Ansprechpartner bei Defiziten im Lernverhalten und die Klasse begriff, dass der Lehrer ein Interesse an ihren Lernerfolgen hatte. Besonders bei leistungsschwachen Schülern war das Gefühl, bei aufkommenden Problemen ernst genommen zu werden, wichtig. Gerade im Experimentierfach Chemie ging es um die praktische Beweisführung der erarbeiteten, theoretischen Aussagen. Grundanliegen meines Fachunterrichts war die Einbeziehung von Schülern in die Vorbereitung von Schülerversuchen (Chemieassistenten). Zuverlässigkeit, selbständiges Arbeiten und Disziplin waren die Basisforderung für die Gruppenarbeit beim Experimentieren. Von Klasse zu Klasse galt es, den Schwierigkeitsgrad der Schülerexperimente abzuwägen.

Der polytechnische Grundcharakter im Bildungswesen der DDR war in allen Lehrplänen seit den 1950er Jahren verankert. Alle Bildungsinhalte waren dem Ziel einer allseitig intellektuellen und praxisverbundenen Bildung zugeordnet. Das begann im Kindergarten und setzte sich altersgerecht über die gesamte Schulzeit fort.

Im Lehrplan wurde der praxisbezogene, berufsorientierende Technikunterricht verankert. Im wöchentlichen Wechsel erhielten die Schüler im Fach „Einführung in die Produktion (ESP)“ die Vermittlung von Grundlagen des Maschinenbaus, des Technisches Zeichnens, der Elektrotechnik und der Ökonomie. Am „Unterrichtstag in der Produktion (UTP)“ wurden die Schüler in den unmittelbaren Produktionsprozess der zugewiesenen Betriebe integriert. Fachlehrer unterrichteten die theoretischen und praktischen Grundlagen im Fach Polytechnik ausschließlich in der Produktion sowie in Lehrwerkstätten der den Schulen zugeordneten Betriebe. Als ausgebildeter Fachlehrer war ich für die Schüler unserer Schule in diesem Fach zuständig. Die Lehrräume stellte der VEB Robotron an der Ender-Straße in Dresden zur Verfügung. Die Bewältigung der materiellen und organisatorischen Voraussetzungen in den Betrieben und Schulen war eine gewaltige Herausforderung. Startschwierigkeiten blieben nicht aus, wurden aber in beachtenswert kurzer Zeit minimiert. Das war bildungspolitisches, zukunftsorientiertes Neuland. Es war die Basis einer sinnvollen Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Wirtschaft mit dem Ziel einer lebensbezogenen Bildungs- und Erziehungsarbeit. Ein richtiger Weg, jungen Menschen in einer zehnjährigen Zugehörigkeit zu einer modernen Basisschule die von der Gesellschaft geforderte Ausbildungsreife zu ermöglichen.

Mit dem Einstieg der Schüler in die Berufswelt ergaben sich klare Vorgaben seitens der Wirtschaft: Präsentierte und empfahl sich der zukünftige Werk tätige durch gutes Benehmen? Wertschätzung, Interesse, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, handwerkliches Geschick und kompetentes Auftreten haben sich auf dem Weg ins Berufsleben, egal auf welcher intellektuellen Ebene, schon immer als Türöffner für eine erfolgreiche Karriere erwiesen. Gute Noten waren immer von Vorteil, aber nicht alles. Die Gesamtpersönlichkeit beim kritischen und selbständigen Auseinandersetzen mit der Berufsmaterie und den einhergehenden Problemen inklusive des Versuchs, Lösungsansätze zu finden, war das Wertungskriterium. Ohne Einordnung in die Gemeinschaft, heute nennt man es Teamfähigkeit, war eine erfolgreiche berufliche Karriere zum Scheitern verurteilt. Es galt das Prinzip, Schule und Wirtschaft gleichermaßen, entsprechend ihrer ureigenen Forderungen und Aufgaben, in einer funktionierenden Kooperation zu binden. Der pädagogische Anspruch des Bildungswesens der DDR: Jeder hatte das Recht auf Zugang zu einer niveaувollen Bildung, denn Bildung war das geistige Kapital unserer Gesellschaft. Die Grundsätze, an denen sich das Schulpotential orientierte: Die Ausbildungsmethoden waren an den wirtschaftlichen Forderungen auszurichten. Das

pädagogische Profil einer Bildungseinrichtung spiegelte sich in der Effektivität des Bildungs- und Erziehungsanspruchs von der 1. bis zur 12. Klasse wider.

Der Abschluss des Abiturs in Klasse 12 wurde in der DDR nie in Frage gestellt. Das Lehrplanniveau ab Klasse 5 war auf einem sehr hohen, anspruchsvollen Level. Bis Klasse 8 wurden die Schüler unter Federführung der Klassenleiter in ihrer Persönlichkeitsentwicklung begleitet und erkennbare Talente gefördert. In enger Zusammenarbeit mit den Eltern wurden entsprechend der Begabungen ihrer Kinder Empfehlungen für den Besuch einer weiterführenden Bildungseinrichtung erarbeitet. In Klasse 8 erfolgte die endgültige Entscheidung anhand des Gesamtbildes des Schülers (Fähigkeiten und Fertigkeiten, Engagement im Schulalltag, Verhalten und Auftreten in der Gemeinschaft) für die gymnasiale Stufe (Erweiterte Oberschule – EOS) Klasse 9 bis 12/13. Handwerklich und mathematisch-naturwissenschaftlich hochbegabte Schüler erhielten die Chance, parallel zum Abitur den Abschluss eines technischen Berufes zu erlangen. Nur bei diesem Sonderweg gab es ein 13. Schuljahr. Die Lehrausbildung erfolgte in ausgewählten Betrieben der jeweiligen Region.

Alle Pädagogen arbeiteten in der DDR auf der Basis eines Angestelltenverhältnisses. Die Lehrerausbildung an Universitäten und Hochschulen mit der Lehrbefähigung für die Klassen 5 bis 12 bezog sich grundsätzlich auf zwei Fächer. Die Abschlüsse im Staatsexamen an beiden Bildungseinrichtungen waren gleichwertig. Kontinuierliche Auffrischung des aktuell geforderten Wissens war die Voraussetzung für erfolgreiche Unterrichtstätigkeit. Für jeden Lehrer ab Klasse 1 wurde Weiterbildung bindend im Arbeitsvertrag festgeschrieben. Die Kursangebote bezogen sich auf Schwerpunkte der allgemeinen Pädagogik (Didaktik, Methodik) und auf fachspezifischen Schulungen einschließlich Praktika. Die Fortbildungstermine lagen grundsätzlich in den Schulferien. Die Gehaltssteigerungen aller zwei Jahre waren keine Selbstverständlichkeit. Sie resultierten aus einer Gesamteinschätzung der Lehrerpersönlichkeit, die auf folgenden Aspekten basierte: Hospitationen durch Direktor und Fachberater, Wertung von Fachkompetenz, Methodik und Einsatz didaktischer Hilfsmittel, die Führungsrolle des Pädagogen, Disziplin der Schüler im Unterricht, Nutzung der Weiterbildungsangebote, Engagement für die Schule und auch außerhalb des Unterrichts, Nachweis ausreichender mündlicher und schriftliche Bewertungen von Schülerleistungen im Klassenbuch.

Meine Tätigkeit als Direktor in der DDR

Die Verantwortung für den kompletten Steuerungsmechanismus an der Schule, also das pädagogische und materiell- technische Resort sowie die Ganztagsbetreuung, lag beim Direktor. Wenn etwas schief lief, hatte er sich beim Schulrat zu rechtfertigen. Das Ineinandergreifen der vielschichtigen, durch Parteidoktrin vorgegebenen Spielregeln im Bildungswesen der DDR forderten von jedem in den Bildungs- und Erziehungsprozess Eingebundenen ein ausgeprägtes Anpassungsvermögen im Denken und Handeln. Die Lehrkräfte waren unausgesprochen gefordert, in diffizilen politischen Entscheidungssituationen, das Richtige, vereinbar mit dem eigenen Gewissen und der persönlichen pädagogischen Verantwortung, zu tun! Das hatten wir uns im Laufe Jahre angeeignet (der ausgeprägte „DDR-Instinkt“). Aus der inneren Verunsicherung des Einzelnen, resultierend aus politischen Zwängen, blieb immer ein Restrisiko an Zweifeln bestehen. Gerade daher war es für die Wahrung des „inneren Friedens“ so wichtig, den Kollegen den schöpferischen Freiraum zu lassen! Wir hatten uns die pädagogischen Gestaltungsräume als kostbares Instrumentarium bewahrt.

Besonders für den Leitungsbereich war es nicht selten eine Gratwanderung, wenn es galt, aus den staatlichen Zielvorgaben politisch Bornierter (zentrale Direktorenkonferenzen) das wirklich unbedingt Notwendige für die eigene Schule herauszufiltern. Entweder den Druck der Anpassung aus-

halten oder die eigenen Entscheidungen treffen. Hier waren Zivilcourage, Flexibilität und unabdingbares Vertrauen in das Kollegium gefordert. Es war das Fingerspitzengefühl im persönlichen Freiraum, eigene Ideen in den Bildungsprozess einzubringen. Wer es nicht begriff, eine dem Schulklima dienende, sachliche Diskussion zu führen, katapultierte sich sehr schnell in das berufliche Abseits. Unsere Schüler konnten sehr genau Denk – und Handlungsprozesse ihrer Lehrer einschätzen und werten. Autorität und Sympathie hatten hier ihren Ursprung. Jede Schiefelage an der Schule, gleich welcher Art, hatte immer belastende Konsequenzen zur Folge. Oft wurden Kleinigkeiten von übergeordneter Stelle (Schulrat) zum Politikum hochstilisiert.

Meine grundsätzlichen Weisungen an die Kollegen waren: Priorität hat ein erfolgreicher Unterricht (Lehrplannerfüllung, Disziplin, ausreichende Bewertung mündlicher und schriftlicher Schülerleistungen für solide Zensuren auf dem Zeugnis). Bei allen Entscheidungen wurde die pädagogische Notwendigkeit und der Sinn hinterfragt. Jede Versetzungsgefährdung war eine zu viel!

Ein gutes Lehrer-Schüler-Verhältnis ließ Autoritätsverlust gar nicht erst aufkommen. Das waren tägliche Grundforderungen. Keiner war pädagogisch vollkommen. Keiner, gleich welcher Jahrgang, hatte die pädagogische Weisheit auf Dauer gepachtet. Jegliche Routine im Schulalltag war dem Bildungs- und Erziehungsauftrag, dem wir uns als Lehrer verpflichtet hatten, abträglich. Nahm man die Führungsverantwortung als Direktor wirklich ernst, blieben Meinungsunterschiede im Arbeitsleben nicht aus. Es mussten auch unangenehme Entscheidungen im Prozess der Delegation von Aufgaben getroffen werden. Der Draht zum Kollegium durfte nie abreißen, um den Beigeschmack einer Leitungsarroganz und damit verbundener Gegenreaktionen zu vermeiden. In der Teamorientierung musste die richtige Balance gefunden werden. Neben den beruflichen Fragen galt es sich auch für die privaten Themen Zeit zu nehmen.

Die Einschätzung der Arbeit der Schulleitung erfolgte durch Schulinspektoren und den Kreisschulrat und orientierte sich an folgenden Bewertungskriterien: Organisation des Schulalltags, Ordnung und Sauberkeit in den Gebäuden und im Umfeld, Maßnahmen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall, Gestaltung der außerunterrichtlichen Arbeit im Gefüge der Ganztagschule, Qualität der Pädagogischen Räte (es gab drei pro Schuljahr), Leistungsstand der Schule im Vergleich mit anderen Bildungseinrichtungen, altersspezifische, effektive Einbindung der Schüler in die Gestaltung des Tagesablaufes (Pausenaufsicht, Aktion „Sicherer Schulweg“, Reinigung der Klassenräume unter Aufsicht des Hausmeisters). Die Entscheidung der Stadt Dresden, Abteilung Bildungswesen, Anfang der 1970er Jahre die 33. Polytechnische Oberschule als Hospitationsschule für finnische Lehrer zu beauftragen, war für das gesamte Kollegium ein echter Vertrauensbeweis in unsere Bildungsarbeit.

Kein Bildungssystem ist losgelöst vom Gesellschaftssystem eines Landes. Bildung hat sich unter den gegebenen Herausforderungen der Gegenwart zu positionieren. Auch das Leben in den Bildungseinrichtungen der DDR war eingebunden in die Realität des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Machtinstrumentariums. Bildung und Erziehung gehörte zu den Fundamenten im Alltag der DDR. Die Bildungsstruktur war ein Komplex aus Staatlichkeit, Weltlichkeit, Einheitlichkeit, Wissenschaftlichkeit und Chancengleichheit. Die Lehrpläne und damit die Ausbildungsstrategie waren an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet, ehrgeizig praxisorientiert. Die Effektivität der modernen polytechnischen Ausrichtung lag im hohen Bildungsanspruch. Es war der pädagogische Ehrgeiz einer frühzeitigen Wertevermittlung von Alltagsrealität und praktischer Berufsorientierung ohne frühzeitige Sortierung für weiterführende Bildungseinrichtungen. Das war nur durch Engagement, Improvisationstalent und Flexibilität bei der Ausschöpfung der pädagogischen Instrumentarien zu erreichen. Die Schule sollte Halt und Beständigkeit in den DDR-Alltag bringen - eine Milderung des Spagates zwischen Kinderbetreuung, Hausarbeit und Beruf.

An den Regularien der Kinder- und Jugendorganisationen führte kein Weg vorbei. Unterrichtsstunden und Appelle wurden mit dem Pioniergruß „Seid bereit – immer bereit“ in den Klassen 1 bis 7 bzw. mit dem FDJ-Gruß „Freundschaft“ in den Klassen 8 bis 12 begonnen. Bei Apellen anlässlich des Beginns bzw. Abschlusses des Schuljahres und an Ehrentagen (Tag der NVA, Tag des Lehrers, Tag des Kindes, Gründung der DDR) war das Tragen des Pionierhalstuches und des FDJ-Hemdes Pflicht. Zu schriftlichen und mündlichen Abschlussprüfungen (Mittlere Reife und Abitur) erschienen die Schüler grundsätzlich im FDJ-Hemd. Über das Für und Wider der Symbolnutzung kann man sachlich diskutieren. Mit den Grüßen der Organisation gab es einen ordentlichen Beginn der Unterrichtsstunden und der Apelle.

Der gesellschaftliche Anspruch des DDR-Bildungssystems war die Sicherung gleicher Bildungschancen für alle. Der polytechnische Charakter war das herausragende Merkmal der Schulbildung. Es war ein Lehr- und Lernprozess mit den Widersprüchen zwischen Idealen und Realitäten im Rahmen der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen. Leider wurde zu oft kostbares pädagogisches Gedankengut durch politisch-administrative Gängelei und Bevormundung abgewürgt. Das Scheitern eines progressiven Bildungssystems, das in seiner Gesamtheit vom Kindergarten bis zur Berufs- und Hochschulreife durchorganisiert war, lag in ideologischer Borniertheit und einem unheilvollen Dogmatismus begründet.

Die Chancen eines gesamtdeutschen progressiven Bildungssystems wurden im deutschen Einigungsprozess ungenutzt „ad acta“ gelegt. Die Vereinigungseuphorie ging sang und klanglos ohne jegliche Aufbruchsstimmung am Bildungswesen vorbei. Stattdessen wurde das antiquierte föderale System als unumkehrbare, feste Größe den neuen Bundesländern aufgezwungen. Ein Rückfall um Jahrzehnte.

Mit der Grundeinstellung zur Realisierung humanistischer Anliegen in einem diffizilen gesellschaftlichen Umfeld sind wir über viele Jahre gut gefahren. Wir haben uns durch übergeordnete, ideologisch verbohrtete Zumutungen nicht verbiegen lassen. Die gemeinsamen traditionellen Treffen mit ehemaligen Schülern, Eltern und Kollegen beweisen die alte Verbundenheit mit ihrer Schule bis in die Gegenwart. Für alle am Bildungsprojekt 33. Oberschule Dresden Beteiligten war es der Beweis: Die Vorbereitung unserer Schüler auf das Berufsleben war der richtige Weg. Auf die Solidität unserer Bildungs- und Erziehungsarbeit können wir stolz sein.